

Perspektiven für junge Leute im Irak schaffen

Nah-Ost-Friedenskongreß in Osnabrück?

Osnabrück – Verstärkung des US-Militär-Einsatzes im Irak, um das Land vor dem Zerfall zu retten, oder Abzug aller Interventionstruppen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Diskussion der Osnabrücker Friedens-Initiative (OFRI) mit dem NOZ-Journalisten Michael Clasen, der den Irak jüngst zum siebten Mal seit 2003 besucht hatte.

Den Menschen gehe es heute sozial und wirtschaftlich schlechter als unter Saddam Hussein. So herrsche trotz reicher Ölvorkommen Benzinmangel an den Tankstellen. Angesichts von durchschnittlich täglich 100 Toten als Opfer von Gewalt seien immer mehr Menschen bereit, selbst zur Gewalt zu greifen. Ob jemand in Polizei-Uniform tatsächlich ein Polizist sei oder ein Terrorist, könne man nicht wissen. „Um der Gewalt Herr zu werden, sind 500.000 Soldaten notwendig, doch die hat Bush nicht“, so Clasen.

Einzig die Kurden seien dem Westen noch wohlgesonnen, kritisch beäugt allerdings auch angesichts der reichen Ölvorkommen in ihrem Gebiet und der Autonomie-Bestrebungen von den benachbarten Staaten Türkei, Iran und Syrien. Das englische Militär kontrolliere nicht Basra, sondern höchstens ihr Camp, was der jüngste Sturm auf ein Gefängnis verdeutlicht habe. Im Fall eines Abzugs sei zu befürchten, das sich der Iran einen Teil des Iraks einverleiben werde.

Als langfristigen Weg aus Haß und Gewalt empfahl Clasen eine „Konsumstrategie“, um das Heer an arbeits- und perspektivlosen jungen Leuten von der Straße zu holen. Dazu könnten etwa große Ausbildungscamps gebaut werden. Hier könne die EU ansetzen. Außerdem seien an der Spitze des Staates Personen erforderlich, die eine von den Interessen der Schiiten, Sunniten und Kurden unabhängige Politik verfolgten. Problem sei allerdings, daß viele Intellektuelle vor der auch gegen sie gerichteten Gewalt ins Ausland geflohen seien.

Nicht auf die Lösung von Einzelkonflikten wie um den Irak, Libanon oder Palästina setzt der Osnabrücker Hochschullehrer Mohssem Massarat. Vielmehr müsse eine Perspektive für gemeinsame Sicherheit im gesamten Nahen Osten gefunden werden. Massarat kündigte eine Initiative mit dem Internationalen Ärzteverband gegen den Atomkrieg (IPPNW) an, mit Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) aus allen beteiligten Staaten einen Friedenskongreß zu organisieren. Der könne möglicherweise sogar in Osnabrück stattfinden.

Januar 2007